

# Geld gegen Rechts: Vereine skeptisch

## Neue Förderung - Kommunen sollen über Projekte entscheiden

Der Bund will die Mittel gegen Rechts vom kommenden Jahr an um fünf auf 24 Millionen Euro aufstocken. Die Reaktion der betroffenen Vereine und Initiativen indes fällt verhalten aus.

Von unserem Redakteur  
ALEXANDER SCHIERHOLZ

**Halle/MZ.** „Wir wissen noch nichts Genaues“, sagt Heike Kleffner von der Mobilen Opferberatung des Vereins „Miteinander“ in Magdeburg. Zwar seien die zusätzlichen Mittel für mobile Beratungsteams gedacht, „aber welches Projekt dann wirklich Geld erhält, ist unklar“. Weil künftig auch die westlichen Bundesländer bedacht werden sollen, befürchtet Kleffner, „dass das Geld hinten und vorne nicht reicht“.

Auf die Aufstockung hatten sich die Koalitionsfraktionen in Berlin Ende Oktober geeinigt. Damit stehen im neuen Programm gegen Rechts, das die bisherigen Pro-

gramme „Civitas“ und „Entimon“ ablöst, 24 Millionen Euro zur Verfügung. Neu ist: Künftig sollen zu einem großen Teil die Kommunen entscheiden, für welche Projekte sie die Gelder einsetzen.

### „Da wird der Bock zum Gärtner gemacht.“

HEIKE KLEFFNER  
OPFERBERATUNG

Bei den Vereinen und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, stößt das auf scharfe Kritik. „Da wird in einigen Fällen der Bock zum Gärtner gemacht“, urteilt Kleffner. Es gebe genügend Städte und Gemeinden, die das Problem Rechtsextremismus „schlicht

und einfach verdrängen“ würden, wie Pretzien gezeigt habe. In dem Dorf bei Schönebeck waren Rechtsextreme über Jahre in die Kulturarbeit eingebunden; im Sommer verbrannten sie öffentlich eine Ausgabe des „Tagebuchs der Anne Frank“ und eine US-Flagge.

„Kontraproduktiv“ nennt Tilo Giesbers von der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus in Quedlinburg die geplante führende Rolle der Kommunen: „Dort liegt nicht die Kompetenz, die liegt bei den einzelnen Initiativen.“ Die Rechtsextremismus-Expertin der grünen Bundestagsfraktion, Monika Lazar, hält Städte und Gemeinden denn auch für überfordert. Die Grünen befürchten ein „Förderchaos“.

Ob im neuen Programm bestehende Initiativen noch gefördert werden, ist ungewiss. „Alle Projekte müssen sich neu bewerben. Aussicht auf Erfolg ist aber nicht garantiert“, sagt Marion Rohland von der Netzwerkstelle in Sangerhausen. Mittlerweile hat sich der Bund zwar bereit erklärt, die bestehenden Programme bis Mitte 2007 zu verlängern, um einen geordneten Übergang zu ermöglichen. Doch Rohland ist skeptisch: „Das bedeutet doch nur ein verlängertes Sterben“, glaubt sie. Ihr Quedlinburger Kollege Tilo Giesbers fügt sich ins wohl Unvermeidliche: „Die Zeit werden wir nutzen müssen, um neue Projekte vorzubereiten.“

## VERSCHIEDENE INITIATIVEN

### Das plant der Bund

**Zehn Millionen Euro sind im neuen Programm des Bundes** für die Kommunen vorgesehen, die „lokale Aktionspläne“ gegen Rechts erstellen sollen. Sechs Millionen fließen in Einzelprojekte, die nicht über die Kommunen laufen, drei Millionen in wissenschaftliche Begleitung. Über die

konkrete Verwendung der zusätzlich bewilligten fünf Millionen Euro ist noch nicht entschieden. Weil Vereine und Initiativen ihr Geld bisher direkt vom Bund bekamen, sahen sich laut Familienministerium viele Gemeinden nicht zuständig. Deshalb würden sie nun stärker eingebunden. (asc)